

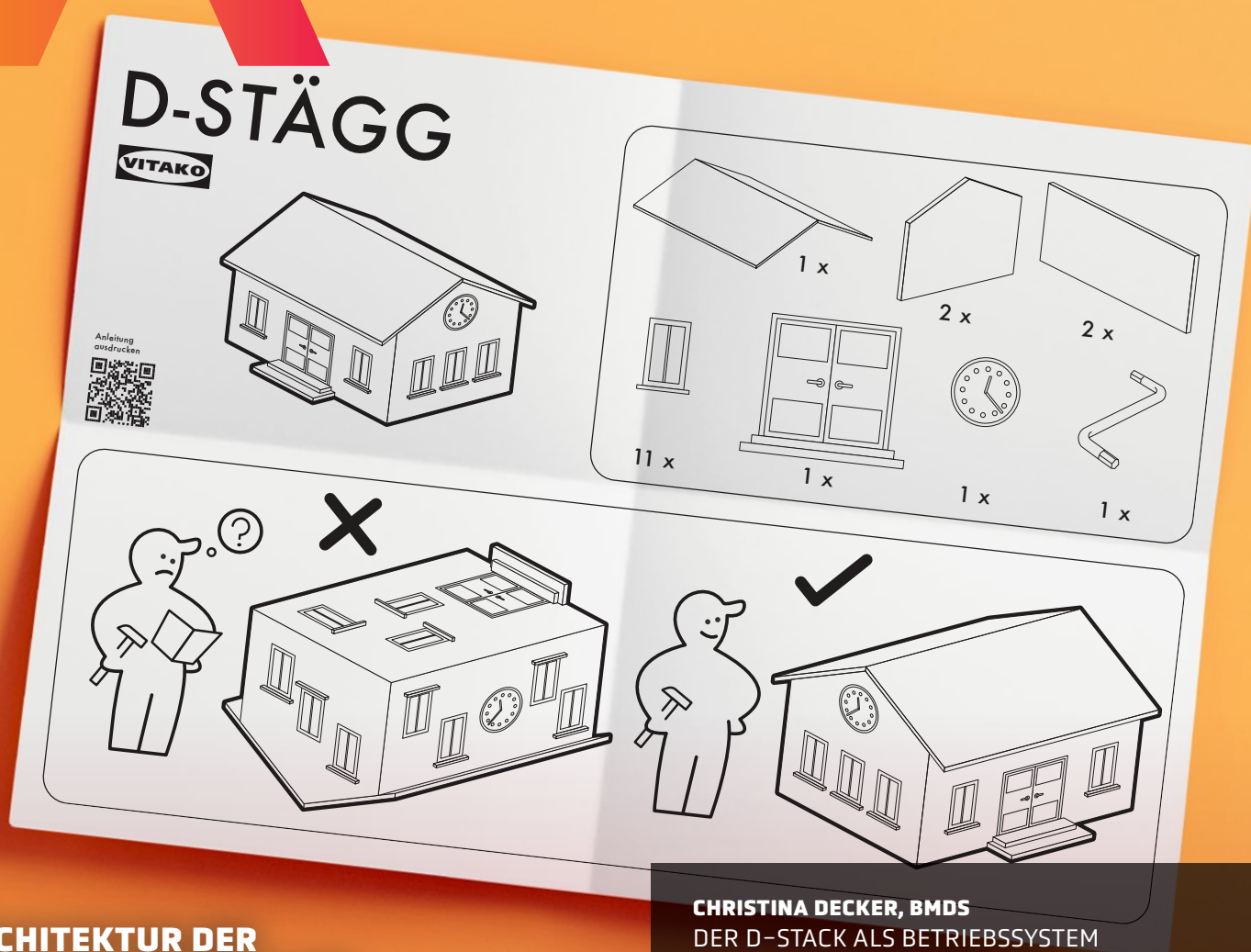
Zeitschrift der Bundes-Arbeitsgemeinschaft
der Kommunalen IT-Dienstleister e. V.

VITAKO

vitako.de

AKTUELL

01|2026



**ARCHITEKTUR DER
DIGITALEN VERWALTUNG**

GEMEINSAM AUFBAUEN

CHRISTINA DECKER, BMDS
DER D-STACK ALS BETRIEBSSYSTEM

THILAK MAHENDRAN,
AGORA DIGITALE TRANSFORMATION
WORAUF ES JETZT ANKOMMT

DÖRTE SCHALL,
DIGITALMINISTERIN RHEINLAND-PFALZ
CHANCEN UND GRENZEN DES D-STACK



Souverän in die digitale Zukunft.

Digitale Souveränität bezeichnet die Fähigkeit, jederzeit technologisch selbstbestimmt Entscheidungen treffen zu können und die Kontrolle über eigene Systeme und Daten zu behalten. Kommunale IT braucht zukunftsfähige Lösungen, die Transparenz, Sicherheit und echte Handlungsoptionen bieten.

Mit dem „**Bechtle Index of Sovereignty**“ analysieren wir strukturiert Ihren Reifegrad digitaler Souveränität und leiten anhand der Ergebnisse konkrete Handlungsempfehlungen ab. So unterstützen wir Sie dabei, kommunale IT-Architekturen dauerhaft souverän und resilient zu gestalten.



Mehr Infos



Bechtle
Index
of
Sovereignty

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

das Thema Verwaltungsdigitalisierung erobert die breite politische Bühne! Aktuelles Beispiel ist der Abschlussbericht der Sozialstaatskommission, vorgelegt von Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas Ende Januar 2026. Kernaussage: Der Sozialstaat muss digitaler werden, der Deutschland-Stack wird dabei eine wichtige Rolle spielen – richtig so!

Ich freue mich sehr, dass wir mit diesem Heft die so wichtige Debatte um den Deutschland-Stack bereichern können. Die drei Top-Erfolgsfaktoren? Laut aktueller Umfrage unter unseren Mitgliedern klare Governance-Strukturen, einheitliche Schnittstellen und das Gebot, vorhandene Lösungen einzubinden. So führt VITAKO Vorstandsvorsitzender Sören Kuhn in seinem Leitartikel aus, dass der Deutschland-Stack nicht im luftleeren Raum entsteht – im Gegenteil! Siehe die Deutsche Verwaltungscloud, die technisch und organisatorisch eine ideale Infrastruktur bietet, auf der aufgesetzt werden kann. Wie gesagt: Vorhandene Lösungen müssen dringend in den Deutschland-Stack eingebunden werden. Sonst gewinnen wir weder an Wirkung in der Fläche noch an Geschwindigkeit in der Verwaltungsdigitalisierung!

Weitere Perspektiven auf den Deutschland-Stack in diesem Heft: Christina Decker, Abteilungsleiterin im BMDS, legt die Pläne der Bundesregierung dar. Sie verspricht Bürgerinnen und Bürgern bis 2028 einen spürbaren Digitalisierungsschub. In der Reportage haben wir mit Expertinnen und Experten gesprochen, die schon heute digitale Verwaltung entwickeln – und ihre Innovationen in den Stack einbringen wollen. Thilak Mahendran vom Think Tank Agora sieht im Deutschland-Stack die Chance zu einer echten plattformbasierten Verwaltung – die für die kommunalen IT-Dienstleister Gestaltungskraft freisetzen wird. Die Sicht der Bundesländer gibt die Rheinland-Pfälzische Digitalministerin Dörte Schall im Interview wieder. Und last but not least erinnert uns Dr. Johann Bizer von Dataport daran, dass wir bei aller Vorfreude auf den Deutschland-Stack Themen wie echte Ende-zu-Ende-Digitalisierung und das Großprojekt Registermodernisierung nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Ich hoffe, Sie haben ähnlich viel Vergnügen beim Lesen der Beiträge wie ich selbst und den ein oder anderen Aha-Moment. Lassen Sie uns den Dialog dazu mit allen föderalen Ebenen weiter vertiefen – für die VITAKO-Mitglieder, vor allem aber unsere kommunalen Träger, eine großartige Gelegenheit!

Anregende Lektüre wünscht

Ihr



**Lars Hoppmann ist
geschäftsführender
Vorstand von
VITAKO.**

SCHWERPUNKT: ARCHITEKTUR DER DIGITALEN VERWALTUNG

6 LEITARTIKEL

SCHAUT AUF DIE DEUTSCHE VERWALTUNGSCLOUD!

Der D-Stack birgt für die digitale Verwaltung enorme Chancen, viele Bausteine existieren bereits – zum Beispiel die Deutsche VerwaltungscLOUD. Warum sie ein entscheidender Schlüssel sein kann und was es darüber hinaus für den Erfolg braucht, erörtert Sören Kuhn im Leitartikel.

8 GASTBEITRAG

DER DEUTSCHLAND-STACK ALS BETRIEBSSYSTEM

Bis 2028 soll der D-Stack aufgebaut sein. Was heute schon fest steht und welche nächsten Schritte geplant sind, zeigt BMDS-Abteilungsleiterin Christina Decker im Gastartikel.

11 REPORTAGE

DIGITALE VERWALTUNG NEU DENKEN

Eine einheitliche IT-Infrastruktur für Bund, Länder und Kommunen – das Versprechen des Deutschland-Stack ist groß. Wie realistisch sind die Pläne tatsächlich? Drei Experinnen und Experten geben Auskunft über den aktuellen Stand und nächste Schritte.

16 GASTBEITRAG

WORAUF ES JETZT ANKOMMT

Zu oft schon haben große Visionen aus Berlin vor allem Mehrarbeit für Kommunen produziert. Warum es beim D-Stack anders sein könnte und was es dazu braucht, erläutert Thilak Mahendran, Innovation Lead bei Agora Digitale Transformation.

18 INTERVIEW

„AM ENDE WOLLEN WIR ALLE TEIL EINES FUNKTIONIERENDEN DIGITALSTAATS SEIN.“

Wie blicken die Länder auf das Großprojekt Deutschland-Stack? Welche Fallstricke sehen sie? Und wie wollen sie Kommunen künftig bei der Umsetzung unterstützen? Antworten gibt die Rheinland-Pfälzische Digitalministerin Dörte Schall im Interview mit Lars Hoppmann.

20 INTERVIEW

DEUTSCHLAND-STACK? WICHTIG, ALLERDINGS...

Kernaussage des Positionspapiers von Dataport und dem Land Schleswig-Holstein: Der D-Stack könnte für die Digitale Souveränität ein Gamechanger sein. Warum die Bewertung inzwischen nüchterner ausfällt, erklärt Dataport-Vorstandsvorsitzender Dr. Johann Bizer.

8



11



22 EURITAS

HÜRDEN IM BESCHAFFUNGSRECHT ABBAUEN

Die EU-Vergaberichtlinien verhindern oft, dass öffentliche IT-Dienstleister Synergien über Ländergrenzen hinweg nutzen können. EURITAS setzt sich für Erleichterungen ein.

23 GOVDIGITAL

MARKTPLATZ DEUTSCHLAND.DIGITAL UND PORTFOLIOMANAGEMENT

Der Austausch digitaler Lösungen zwischen den öffentlichen IT-Dienstleistern wird immer wichtiger. Die govdigital unterstützt dabei mit verschiedenen Angeboten.

24 VITAKO ARBEITSGRUPPEN IM FOKUS

EINSATZ FÜR META-STANDARD

Die VITAKO Mitglieder treiben die digitale Verwaltung in mehr als zehn Arbeitsgruppen voran. Prosoz-Geschäftsführer Arne Baltissen gibt Einblicke in die Projektarbeitsgruppe Standardisierung.

25 DIGITALE VERWALTUNG

WIE KOMMUNEN KI-STRATEGIEN EFFIZIENT AUFSETZEN

Schon heute nutzen die meisten Kommunen KI-Tools, doch häufig fehlt es an einer übergeordneten Strategie. Die neue Guideline von VITAKO und KGSt bietet Unterstützung.

26 KOMMUNE DER ZUKUNFT

HUNDESTEUER: VON DER ANALOGEN MARKE ZUM WALLET

Wer in Deutschland einen Hund hat, musste bislang eine analoge Marke als Nachweis für die Hundesteuer vorzeigen. Der kommunale IT-Dienstleister GovConnect hat jetzt eine digitale Alternative entwickelt.

28 PROVITAKO

ITK-RANDBEDARFE: BESCHAFFUNGSMARATHON NICHT MEHR NOTWENDIG

Die Beschaffung von ITK-Randbedarfen bindet Zeit, Personal und viel Aufmerksamkeit. Mit einem neuen Angebot erleichtert ProVitako den Prozess massiv.

29 KOMMUNE DER ZUKUNFT

GEMEINSAM FÜR SMART CITY

Smart-City-Projekte entfalten ihr volles Potenzial, wenn Verwaltungen kommunenübergreifend zusammenarbeiten. Das ermöglicht die neue Urbane Datenplattform des VITAKO Mitglieds KDN.

30 SPOTLIGHTS

Neuer VITAKO Podcast
Jahresthemen 2026

32 UMFRAGE

Der D-Stack findet unter den kommunalen IT-Dienstleistern breite Zustimmung. Welche konkreten Chancen und Risiken sie sehen, zeigt die aktuelle VITAKO Umfrage.

16



18



31





SCHAUT AUF DIE DEUTSCHE VERWALTUNGS- CLOUD!

Wenn es um die Verwaltungsdigitalisierung geht, wird Moll angeschlagen. Eine Haltung, die niemanden weiterbringt und die Sicht darauf verstellt, dass die Architektur der digitalen Verwaltung vorankommt: Das Digitalministerium (BMDS) gibt wichtige Impulse, großartige Lösungen sind in den Ländern und Kommunen bereits am Start und beim Deutschland-Stack geht es auch weiter. Worauf es nun ankommt: Erstens, zu erkennen, was wir bereits haben. Zweitens, die Bedürfnisse der Kommunen in den Vordergrund zu rücken. Drittens, systematisch und mit klarer Governance die nächsten Schritte anzugehen.

Im Fokus steht derzeit der Deutschland-Stack. Die Idee: Der Bund baut damit eine Kerninfrastruktur samt zentralen Basisdiensten wie Verifizierungs- und E-Payment-Lösungen auf, die auch von Ländern und Kommunen genutzt werden kann und perspektivisch um Fachverfahren ergänzt wird. Klingt gut. Noch besser: Mit der Deutschen VerwaltungscLOUD (DVC) haben wir einen echten Schatz, um den Deutschland-Stack schnell Wirklichkeit werden zu lassen.

VERWALTUNGSCLOUD? VERWALTUNGSPLATTFORM!

Warum der einzigartige Wert der DVC nicht sofort die Debatten rund um den Deutschland-Stack dominiert hat? Weil der Name falsche Assoziationen weckt. Denn tatsächlich ist diese „Cloud“ so viel mehr als ein X-beliebiger Speicherort in den Wolken. Mit aktuell 70 Cloud-Services entwickelt sie sich zu einer umfassenden Betriebsplattform, auf der kommunale IT-Dienstleister und Kommunen ihre Lösungen betreiben und Kunden nach dem Software-as-a-Service-Prinzip anbieten können. Was aus meiner Sicht noch viel wichtiger ist: Die govdigital – die die DVC betreibt – bietet eine hervorragende, in der Praxis bewährte Governance! Sie ist als Kooperationsplattform von Bund, Ländern und Kommunen nicht weniger als ein einzigartiger Leuchtturm, der eine rechtssichere Zusammenarbeit zwischen den föderalen

74,3%

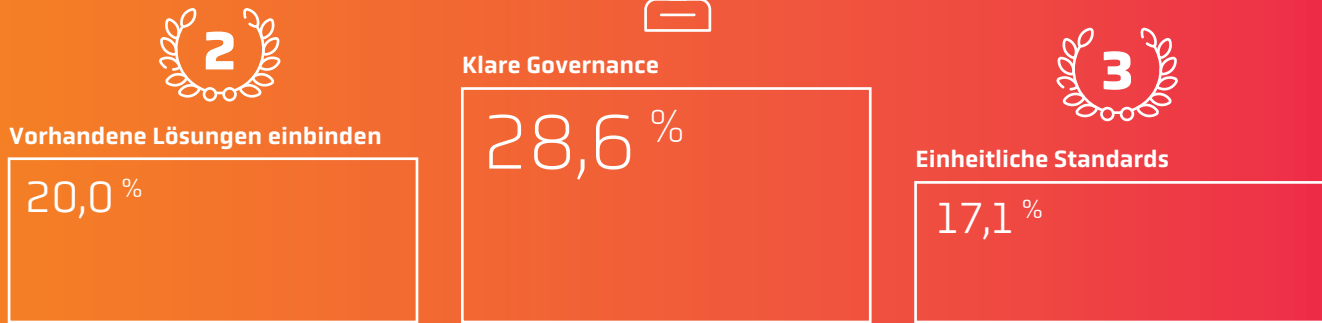
**der VITAKO Mitglieder halten
den D-Stack für (sehr) wichtig.**

Ebenen ermöglicht! Dabei arbeitet sie nicht im luftleeren Raum, sondern kooperiert intensiv mit FITKO und IT-Planungsrat und hat auch stets die kommunale Praxis im Blick.

DVC AUF DEM WEG ZUM D-STACK

Also: Die DVC bietet technologische Lösungen, um die Architektur der digitalen Verwaltung systematisch aufzubauen. Sie kann Basisdienste und Fachverfahren optimal einbinden. Sie zeigt, dass Bund, Länder und Kommunen effizient und rechtssicher zusammenarbeiten und gemeinsam Lösungen finden können. Alles Kriterien, die für den Deutschland-Stack von eminenter Bedeutung sind. Damit deckt die DVC wesentliche Anforderungen ab, die der Deutschland-Stack erfüllen soll.

Top Erfolgsfaktor für den Deutschland-Stack



Quelle: VITAKO Mitgliederbefragung, Januar 2026

GRÜNE-WIESE-ANSATZ = MILLIARDENGRAB

Zwar erwähnen jedefrau und jedermann, dass der Deutschland-Stack nicht auf der grünen Wiese entwickelt werden soll. Aber ist uns wirklich klar, wie viel wir bereits haben und tunlichst weiterentwickeln sollten? Ich fürchte nicht, zumal die Bestandsaufnahme der vorhandenen Elemente damit keineswegs abgeschlossen ist:

- Zahlreiche Basisdienste bereits vorhanden:**

Eine Studie des Thinktanks Agora identifiziert deutschlandweit 30 Anwendungen, die als Basiskomponenten für den D-Stack genutzt werden könnten.

- OZG und EfA-Marktplatz integrieren:**

Im Zuge des Onlinezugangsgesetzes wurden Hunderte Lösungen entwickelt, die über den EfA-Marktplatz bereitgestellt und nachgenutzt werden. Vieles taugt davon perspektivisch auch für den D-Stack.

- Tech-Stacks der IT-Dienstleister einbinden:**

Fast drei Viertel der VITAKO Mitglieder betreiben bereits tech-stack-ähnliche Plattformen. Es zählt zu den spannenden Fragen, wie diese Lösungen klug an den D-Stack anzubinden sind – und was man aus den bereits gemachten Erfahrungen lernen kann.



einfacht werden. Wir brauchen in diesem Rahmen zudem endlich vollständig Ende-zu-Ende digitalisierte Services, damit wir auch Mitarbeitende in den Verwaltungen begeistern und wirklich entlasten.

D-STACK MUSS IN DEN KOMMUNEN ANKOMMEN

Die beste Deutschland-Architektur, der beste Deutschland-Stack helfen nichts, wenn die damit verbundenen digitalen Angebote nicht in den knapp 11.000 Kommunen ankommen. Vier Dinge sind dafür aus meiner Sicht ausschlaggebend. Erstens müssen von Anfang an einheitliche Standards und offene Schnittstellen definiert werden. Zweitens braucht es eindeutig definierte Basiskomponenten, die einfach zentral bereitgestellt werden. Drittens braucht es finanzielle Anreize, um die neuen Angebote zu integrieren. Denn bei aller Euphorie: Das bindet Ressourcen und ist nicht zum Nulltarif zu haben. Und dass die Kommunen klamm sind – auch und gerade, weil sie vom Bund über viele Jahre mit Zusatzaufgaben belastet wurden – ist hinlänglich bekannt. Und viertens braucht es die schon erwähnte kluge Governance, in der alle Beteiligten inklusive Kommunen und kommunale IT-Dienstleister mit ihrer Expertise eingebunden sind – govdigital weist den Weg.

REGISTERMODERNISIERUNG IM FOKUS

In allen Diskussionen um den D-Stack dürfen wir nicht aus den Augen verlieren: Grundlage der Verwaltungsdigitalisierung ist eine konsequente Registermodernisierung und die Umsetzung des National-Once-Only-Technical-System (NOOTS). Nur wenn das gelingt, können Daten effizient und sicher zwischen Registern ausgetauscht und Vorgänge damit beschleunigt und ver-

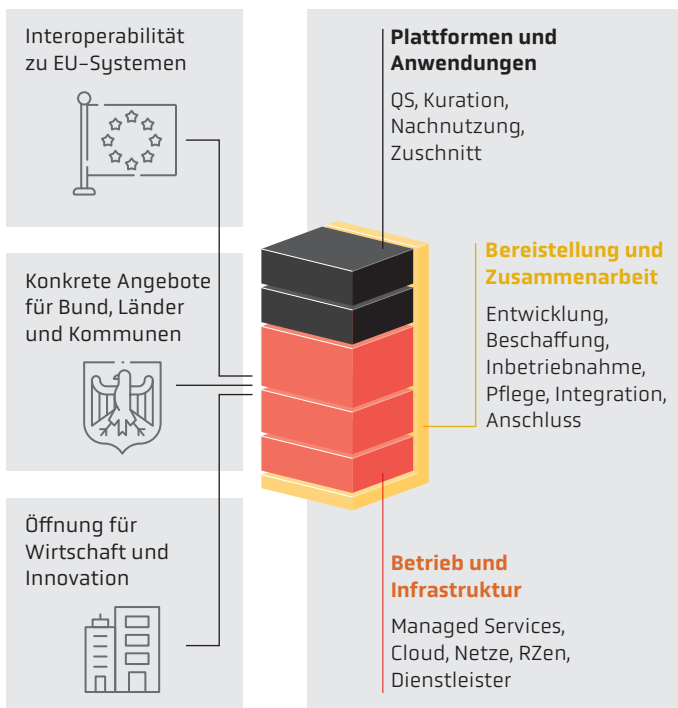


Sören Kuhn ist
Vorstandsvorsitzender
bei VITAKO.



DER DEUTSCHLAND-STACK ALS BETRIEBSSYSTEM FÜR DIE DIGITALISIERUNG DER VERWALTUNG

Der Deutschland-Stack ist interoperabel und europäisch anschlussfähig – so legt es bereits der Koalitionsvertrag 2025 fest. Bis 2028 soll er nun aufgebaut sein. Ziel: Die Handlungsfähigkeit in der Digitalisierung in Bund, Ländern und Kommunen erhöhen und das Vertrauen in den Staat nachhaltig stärken.



Der Deutschland-Stack ist eine nationale souveräne Technologie-Plattform für die öffentliche Verwaltung.

Quelle: BMDS

Im Jahr 2028 sollen die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes einen deutlichen Digitalisierungsschub bemerken. Verwaltungsleistungen sollen für diejenigen, die das möchten, vermehrt digital zu beantragen sein – einfach, einheitlich und sicher. Hierzu möchte der Bund einen entscheidenden Beitrag leisten. Da die meisten bürger- und wirtschaftsnahen Verwaltungsleistungen nicht in der Kompetenz des Bundes liegen, stellt das Digitalministerium mit dem Deutschland-Stack eine nationale souveräne Technologie-Plattform mit zentralen Komponenten bereit und gibt ein verbindliches technisches Rahmenwerk vor, das die Einheitlichkeit der Verwaltungs-IT sicherstellt. Alle föderalen Ebenen können künftig darauf aufsetzen und verstärken so die Digitalisierungsdynamik und ein einheitliches Nutzererlebnis.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine aktive Zusammenarbeit auf Bundes- und föderaler Ebene nötig sowie gleichzeitig die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Dafür bedarf es einer koordinierten Festlegung des Zielbildes mit relevanten Bausteinen sowie zeitlichen und ressourcentechnischen Rahmenbedingungen. Derzeit läuft die zweite Runde des Beteiligungsverfahrens zur Definition technischer Standards für den D-Stack („Tech-Stack“), sodass gegen Ende des ersten Quartals eine überarbeitete Version internationaler offener Industriestandards als Grundlage für wirkungsorientierte Beschaffung und Entwicklung vorliegt.



Christina Decker ist Abteilungsleiterin im Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung.

MODULARER AUFBAU

Wie der Name bereits suggeriert, wird der Deutschland-Stack (D-Stack) nicht als monolithischer Block, sondern modular in Schichten verstanden. Hier bilden die Schichten – sprich: Bausteine – die Voraussetzung für die Definition des für alle Akteure im D-Stack nötigen gemeinsamen Verständnisses. Aufbauend auf Infrastruktur und Betriebsplattformen werden Basisdienste wie Identität & Vertrauen, Datenaustausch sowie Zahlungsabwicklung definiert. Eine darüber liegende Schicht bilden Querschnittsdienste und Plattformen – etwa „Workflow-Automatisation“, „KI Dienste“ oder „Marktplatz“ – die dann übergreifend für alle Fachanwendungen und -plattformen zur Verfügung stehen. Eingerahmt werden diese Bausteine von Rahmenvorgaben für Architektur wie Prinzipien, Standards und Sicherheitsarchitektur sowie einer skalierbaren souveränen Cloud. Letztere beinhaltet auch DevSecOps-Funktionen, also Vorgaben für Entwicklung, Sicherheit und Betrieb. Ein erstes zentrales Element wird zudem die EUDI-Wallet sein, die ab dem 2. Januar 2027 mit ersten Funktionalitäten startet. Agentische KI wird genutzt, um Beantragungen zu erleichtern und Bearbeitung deutlich zu beschleunigen. Mit den Antrags- und Genehmigungsplattformen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz sowie zum Wasserstofftransportnetz sammeln wir erste Erfahrungen.

Ähnlich wie ein Betriebssystem den Zusammenhang zwischen Hardware und den Anwendungen für die Benutzenden herstellt, bildet der D-Stack eine Art Betriebssystem für eine effektive und effiziente Digitalisierung der Verwaltung. Hierbei hat das

BMDS die Federführung inne, ähnlich einem Kurator: Das bedeutet zwar nicht, dass sämtliche Produkte durch den Bund bereitgestellt werden, es wird aber eine Passgenauigkeit innerhalb des D-Stack-Portfolios sichergestellt.

KONSEQUENZ FÜR NEUE PROJEKTE

Künftige Umsetzungsprojekte werden vor der Entscheidung konsequent auf die Anwendung der D-Stack-Anforderungen geprüft. Dabei werden auch die Vertrauenswürdigkeit und Sicherheitskonformität von Bausteinen begutachtet, die für den D-Stack geplant sind.

Ergänzend dazu hat das BMDS Ende 2025 umfassende Rechte zur Steuerung der IT Ausgaben des Bundes erhalten. Dieser sogenannte IT-Zustimmungsvorbehalt ist ein starkes Instrument für eine effiziente Steuerung der Bundes-IT. So wird sichergestellt, dass Investitionen mit übergreifenden Strategien, Standards und Architekturen abgestimmt sind. Ziel ist es, Doppelentwicklungen zu vermeiden und die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhöhen. Projekte, die ähnliche Funktionen erfüllen, sollen zusammengeführt

oder auf gemeinsame Plattformen gesetzt werden. Ziel ist es, den Staat als Ankerkunden der Wirtschaft zu stärken und ihn digital souverän und bürgernah auszurichten.

Vor allem die aktive Mitgestaltung auf der Ebene konkreter Produkte, Projekte und Missionen macht die Entwicklung des D-Stacks möglich, weniger die Abstimmung in großen politischen Gremien. Seien Sie dabei und bringen Sie sich gerne ein, um den D-Stack zum Erfolg zu machen!

„Der D-Stack ist ein offenes und gemeinsames Produkt, in dem staatliche wie nichtstaatliche Akteure auf europäischer, Bundes- und föderaler Ebene mitarbeiten dürfen und sollen.“

Christina Decker



Viel mehr als Software!

Sie setzen Kurs auf eine zukunftsorientierte, digitale Verwaltung – wir machen sie möglich! Ob sicherer IT-Betrieb, vollständig digitale Verwaltungsprozesse, servicestarke Ämter oder klimaresiliente Städte und Gemeinden: Die AKDB-Gruppe bietet Ihnen Lösungen, nicht nur Software. Für ein funktionierendes Gemeinwesen. Für einen modernen Staat. Für uns alle!

www.akdb.de

AKDB

Wir haben die Lösung



DEUTSCHLAND STACK

DIGITALE VERWALTUNG NEU DENKEN

Der Deutschland-Stack beherrscht seit einem Jahr die digitalpolitischen Debatten. Die Verheißung: Deutschland bekommt endlich eine einheitliche IT-Infrastruktur, die für Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen nutzbar ist. Sie zählt auf mehr Effizienz und digitale Souveränität ebenso ein wie auf mehr Sicherheit und Nutzerfreundlichkeit. Zu schön, um wahr zu sein? Drei Expertinnen und Experten geben Auskunft über den aktuellen Stand und nächste Schritte.



Hartje Bruns ist
Geschäftsführer
von Governikus.

„Die Idee des Deutschland-Stacks ist gut und richtig und gliedert sich gut in den Ansatz der Deutschland-Architektur ein“, sagt Hartje Bruns, Geschäftsführer von Governikus. Das Unternehmen entwickelt seit Jahrzehnten Dienste, um etwa digitale Dokumente rechtssicher zu unterschreiben, Daten des elektronischen Personalausweises zu verifizieren oder sich über die EUDI-Wallet europaweit auszuweisen. Solche Anwendungen zählen zu den sogenannten Basisdiensten, die mit als erste im D-Stack zentral angeboten werden sollen.

„Es ergibt absolut Sinn, wenn nicht jede Verwaltung diese Dienste selbst entwickelt, sondern sie einmal gut durchdacht für alle bereitgestellt werden“, so Hartje Bruns. Gerade Kommunen können davon profitieren. Bürgerinnen und Bürger erwarten heutzutage, dass sie Vorgänge komplett online erledigen können – vom Antrag inklusive elektronischer Identifizierung über die Bezahlung bis hin zu Bescheid und rechtssicher besiegelten Dokumenten. Um das zu gewährleisten, braucht es Bezahl-, Signatur- oder Kommunikationsdienste wie elektronische Postfächer. „Wie großartig wäre es, wenn Kommunen solche Komponenten einfach per Klick in einem Stack ordern und in ihre Verfahren integrieren könnten?“ Kommunen würden dadurch Kosten sparen und könnten freiwerdende Ressourcen für ihre eigentlichen Kernaufgaben nutzen.

„Der D-Stack sollte als Chance genutzt werden, Dinge neu zu sortieren.“

Hartje Bruns

DIGITALISIERUNG NEU SORTIEREN

Hartje Bruns geht noch weiter: „Über die Basiskomponenten hinaus sollte auch für Fachverfahren geprüft werden, ob in vielen Fällen zentral bereitgestellte Lösungen nicht effizienter und nutzerfreundlicher sind.“ Fachverfahren, das sind Software-Lösungen, mit denen die Kommunalverwaltungen ihre Kernaufgaben erfüllen. Den Wohnsitz ummelden, Kindergeldbescheide ausstellen, Wohngeldanträge bearbeiten, Bauanträge bewerten – all das geschieht in spezialisierten Fachverfahren. Entwickelt werden sie von kommunalen IT-Dienstleistern, privatwirtschaftlichen Anbietern oder auch von IT-Abteilungen großer Kommunen. In den letzten 25 Jahren entstand so deutschlandweit eine Vielzahl unterschiedlicher Lösungen für teils identische Aufgaben.

FAST

2/3

DER VITAKO MITGLIEDER BETREIBEN BEREITS STACK-ÄHNLICHE PLATTFORMEN

„Es gab Gründe für diese Strukturen“, so Hartje Bruns. Er nennt vor allem das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung. Es garantiert Kommunen, Städten und Landkreisen per Grundgesetz, dass sie ihre Angelegenheiten vor Ort selbst regeln können – ein wesentliches Element von Föderalismus und Demokratie. Auch die kommunale Verwaltungsdigitalisierung fällt darunter. Hartje Bruns: „Das war Anfang der 2000er Jahre völlig in Ordnung, als Digitalisierung ausschließlich on-premise und praktisch ohne Vernetzung stattfand.“ Aber die Technologien hätten sich seitdem massiv weiterentwickelt. Cloud Computing, Plattform-Technologien, KI, globale Vernetzung – diese Entwicklungen machten es heute möglich und nötig, digitale Verwaltung zentraler zu denken. „Der D-Stack sollte als Chance genutzt werden, Dinge neu zu sortieren.“

Dr. Rolf Beyer ist Chief
Cloud Transformation
Officer bei der AKDB.

**„Wir müssen genau hinschauen,
wo Zentralisierung Sinn macht
und wo wir über das Ziel
hinausschießen.“**

Dr. Rolf Beyer

ZENTRAL ODER DEZENTRAL?

Sprung nach München. Dr. Rolf Beyer ist Chief Cloud Transformation Officer und Teil der Geschäftsleitung der AKDB. Der kommunale IT-Dienstleister ist Full-Service-Partner vornehmlich für bayerische Kommunalverwaltungen, entwickelt und betreibt in diesem Rahmen aber auch Fachverfahren, die bundesweit erfolgreich sind. Rolf Beyer nennt einen weiteren Grund für die regional differenzierte Landschaft der Verwaltungsdigitalisie-

rung: „Neben dem kommunalen Selbstbestimmungsrecht gibt es auch klare fachliche Gründe, warum Fachverfahren regional entwickelt wurden und werden.“ So sei etwa die Kita-Platzvergabe in jedem Bundesland, teils in jeder Kommune anders geregelt. Zentralisierung sei daher nicht das Allheilmittel, Standardisierung sehr wohl. „Mit Blick auf einen D-Stack müssen wir genau hinschauen, wo Zentralisierung Sinn macht und wo wir über das Ziel hinausschießen.“

Ostwestfalen-Lippe-IT

OWL IT

Neue Innovationen,
erstklassige
IT-Lösungen
und viel Expertise.

Das ist die

OWL-IT

www.owl-it.de





Simone Conrad ist
Projektverantwortliche
für die DVC bei govdigital.

„Die DVC-Betriebsplattform ist der ideale Ort, um die im D-Stack geplanten Basiskomponenten sowie zentrale Fachverfahren zu betreiben.“

Simone Conrad

Er schlägt dabei eine klare Abgrenzung vor. Für Leistungen, die Kommunen lediglich im Auftrag des Bundes oder der Länder erledigen, sollten perspektivisch Fachverfahren zentral bereitgestellt werden. Personalausweise ausstellen, Sozialleistungen gewähren, Asylanträge bearbeiten, Baugenehmigungen prüfen – die Liste ist durchaus lang. Rolf Beyer: „Die Vorgaben kommen dabei von Bund oder Ländern, die Kommunen führen nur aus. Da ist es folgerichtig, dass auch elektronische Fachverfahren vorgegeben werden.“ Das entlaste die klammen Kommunen und setze Ressourcen frei, die angesichts des sich verschärfenden Fachkräftemangels dringend gebraucht würden.

Die Idee ist nicht neu. Kommunale IT-Dienstleister wie die AKDB treiben die Entwicklung schon seit längerem voran. Rolf Beyer nennt als Best Case das Thema Kfz. Bislang gab es in Deutschland mehrere konkurrierende Software-Lösungen für das Thema. Im letzten Jahr haben sich die Wettbewerber darauf geeinigt, gemeinschaftlich nur noch eine Lösung voranzutreiben. Das Beispiel zeigt, dass es bereits gute Lösungen gebe. „Darauf müssen wir in einem D-Stack aufbauen. Am schlimmsten wäre, wenn wir jetzt einen Green-Field-Ansatz fahren würden.“

DVC ALS BASIS NUTZEN

Die Aussage würde auch Simone Conrad ohne Zweifel unterschreiben. Sie verantwortet die Deutsche VerwaltungscLOUD (DVC) für govdigital. Die Genossenschaft bringt wichtige Akteure der Verwaltungsdigitalisierung zusammen, um gemeinsam Projekte umzusetzen. Die DVC ist eines davon. Im Frühjahr 2025 an den Start gegangen, bietet sie digital souveräne Cloud-Services für öffentliche Verwaltungen. Die DVC ist ein Gemeinschaftsvorhaben von Bund und Ländern – unter der Verantwortung des IT-Planungsrats und gesteuert durch die FITKO. Seit Herbst 2025 arbeitet Simone Conrad gemeinsam mit ihrem Team am nächsten Schritt. Künftig will govdigital eine eigene Cloud-Betriebsplattform anbieten, auf der Verwaltungen ihre Fachverfahren – sofern diese cloud-ready sind – ohne großen Aufwand betreiben können. Die Infrastruktur wird vom DVC-Betreiber bereitgestellt und erfüllt alle Anforderungen an Datenschutz, Sicherheit und Digitale Souveränität.

-24 Mrd. €
**2024 HABEN KOMMUNEN
EIN NEUES REKORDEFIZIT
EINGEFAHREN**

„Die DVC-Betriebsplattform ist der ideale Ort, um die im D-Stack geplanten Basiskomponenten sowie natürlich perspektivisch auch zentrale Fachverfahren zu betreiben“, so Simone Conrad. Anstatt eine völlig neue Infrastruktur aufzubauen, kann auf den Angeboten der deutschen Cloud-Anbieter aufgesetzt werden. Die DVC biete einen rechtlichen, technischen und organisatorischen Rahmen. „Hier sitzen Bund, Länder und Kommunen seit Jahren gemeinsam an einem Tisch – gute Voraussetzung für eine flächendeckende Nutzung.“ Die funktionierende Struktur war der Grund, warum die Bundesregierung in ihrer „Modernisierungsagenda Bund“ beschlossen hat, dass der D-Stack auf der DVC aufbauen soll.

WAS ES JETZT BRAUCHT

Auch Governikus und die AKDB sind über Konsultationsberatungen mit dem Ministerium unter Karsten Wildberger in Kontakt. Beide Experten loben, dass von vornherein der Dialog zur Branche gesucht wurde. Wissen und Erfahrung der kommunalen Anbieter seien extrem wertvoll und ein Schlüssel, damit das Projekt D-Stack gelingt. Simone Conrad mahnt zugleich an: „Es muss jetzt aber konkreter werden. Welche Basisdienste sollen eingebracht werden? Wie können vorhandene Lösungen anschlussfähig gemacht werden?“

Am wichtigsten ist den Expertinnen und Experten allerdings, dass jetzt klare Schritte folgen. „Jemand muss voran gehen und die Zügel in die Hand nehmen“, so Rolf Beyer. Dass das BMDS das jetzt macht, begrüßt er. Hartje Bruns wünscht sich dabei ein pragmatisches Vorgehen, bei dem Partikularinteressen ausgeblendet werden. „Es braucht den Mut und die Bereitschaft bei Stakeholdern, ihre eigenen Interessen für einen Moment hintanzustellen. Dann bin ich zuversichtlich, dass wir bei der Verwaltungsdigitalisierung vorankommen.“



Digitale Prozesse – bürgerfreundliche Angebote

Prosoz macht Verwaltungsleistungen einfacher – nicht nur für Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Verwaltung. Gestalten Sie mit uns Ihre OZG-Umsetzung als durchgängigen Ende-zu-Ende-Prozess.

Prosoz-Lösungen sorgen für einen nahtlosen Datenfluss: vom Online-Antrag über die Sachbearbeitung bis zur Bescheidübermittlung.

**Digitale Transformation.
Einfach machen.**



prosoz.de

Prosoz

D-STACK: WORAUF ES JETZT ANKOMMT

Wenn im Bundestag eine neue Digitalstrategie debattiert wird, zucken kommunale IT-Dienstleister oft zusammen. Aus Erfahrung wissen sie: Was in Berlin als Vision gefeiert wird, landet bei ihnen als Integrations-Albtraum auf dem Tisch. Jahrelang bedeutete „Digitalisierung“ vor Ort: Wir müssen selbst bauen, weil nichts da ist. Es gab keine Standards und keine verlässlichen Basisdienste. Also entstanden aus Notwendigkeit teure Insellösungen. Doch wir leisten uns damit den Luxus, identische Basisinfrastruktur mehrfach zu entwickeln. Das bindet Budget und personelle Ressourcen, die uns für die digitale Gestaltung vor Ort fehlen.

Diesmal könnte es anders sein. Ein neuer Begriff aus der Hauptstadt hat das Potenzial, diese Logik umzudrehen: der „Deutschland-Stack“. Doch noch fehlt der Bauplan. Die politische Verantwortung liegt beim Bundesdigitalministerium, aber wie der Stack konkret aussehen soll, bleibt bislang vage. Dabei ist die Antwort längst da. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, um den richtigen Fokus zu finden.

DREI SÄULEN DES STACK

Der Blick auf die digital erfolgreichen Nationen zeigt ein klares Muster: Sie alle setzen auf dieselben stabilen Säulen. Ein digitaler Staat braucht keine tausend Portale, er braucht drei unsichtbare fachunabhängige Infrastruktur-Säulen: Verdienstdienste (Identität, Signatur), Interaktionsdienste (Bezahlung, Postfächer, Benachrichtigung) und Datendienste (Registerzugang, Routing). Genau dieser Dreiklang sollte den Deutschland-Stack bilden: Er muss jene Basisdienste bereitstellen, die fachunabhängiger Natur sind und deswegen konsequent vor die föderale Klammer gehören.

Egal ob Indien, Estland, Großbritannien, Schweden oder Dänemark: Sie alle steuern exakt diese Dienste als integriertes System. Und die eigentliche Überraschung ist: In Deutschland ist es technisch genauso. Wenn wir genau hinschauen, haben wir jeden dieser Bausteine längst im Portfolio. Wir haben ELSTER, ePayBL, FIT-Connect, mit dem NOOTS entsteht das Rückgrat

der Registermodernisierung – und an der EUDI-Wallet arbeiten wir bereits. Der Unterschied ist nicht das Was, sondern das Wie. Während andere Staaten integrieren, behandeln wir unsere Dienste wie ein loses Puzzle. Das führt zu extrem unterschiedlicher Qualitätsreife. Was an einer Stelle hochverfügbar ist, ist woanders wackelig. Da es um kritische Infrastruktur geht, ist diese Varianz kein Schönheitsfehler, sondern ein echtes Betriebsrisiko.

„Die Antwort ist nicht, das Puzzle nur besser zu sortieren, sondern der Schritt zu einer echten plattformbasierten Verwaltung.“

Thilak Mahendran

STABILES FUNDAMENT SCHAFFEN

Die Antwort ist nicht, das Puzzle nur besser zu sortieren, sondern der Schritt zu einer echten plattformbasierten Verwaltung. Infrastruktur wird hier nicht mehr als Projekt, sondern als dauerhaftes Fundament verstanden. Das Reizwort „Zentralisierung“ führt dabei in die Irre. Der Stack zentralisiert nicht die Fachlichkeit, sondern nur den technischen Boden. Diese Standardisierung der Basis ist kein Verlust an Autonomie, sondern das stabile Fundament, auf dem fachliche Freiheit erst möglich wird.

Für kommunale IT-Dienstleister markiert der Stack damit einen fundamentalen

Rollenwechsel. Bisher waren Sie oft gezwungen, als Infrastruktur-Verwalter den Mangel zu managen und Basiskomponenten selbst nachzubauen. Mit einem funktionierenden Stack werden sie frei für Ihre eigentliche Aufgabe: Sie werden zu Lösungsentwicklern.

Thilak Mahendran ist Innovation Lead für Digitales Regierungshandeln bei der Agora Digitale Transformation gGmbH. Er analysiert Ansätze zur digitalen Transformation in der öffentlichen Verwaltung und hat eine umfassende Studie zum „Deutschland-Stack“ als Umsetzung des internationalen „Government-as-a-Platform“-Ansatzes vorgelegt.



Darin liegt eine enorme qualitative Chance. Wenn fachunabhängige Basisdienste als verlässliches öffentliches Gut bereitstehen, fließen die freiwerdenden Ressourcen endlich dorthin, wo sie gebraucht werden: in die Fachlichkeit. Wenn Sie morgen ein neues Verfahren digitalisieren, verschwenden Sie keine Sekunde mehr an die Bescheidzustellung. Sie nehmen den zertifizierten Baustein aus dem Regal – abgesichert durch ein „Deutschland-Stack-Siegel“ und harte Service-Level-Agreements (SLAs) – und konzentrieren sich voll auf den Service für die Gesellschaft und Verwaltung.

ALS GEMEINSCHAFTSWERK ANGEHEN

Damit dieses Versprechen jedoch aufgeht, muss eine zentrale Bedingung erfüllt sein: Verlässlichkeit. Ein „Stack“, der einseitig am Tropf des Bundesdigitalministeriums hängt, stellt für kommunale IT-Dienstleister ein unkalkulierbares Betriebsrisiko dar. Dass Ministerien strukturell nicht für den operativen IT-Betrieb aufgestellt sind, hat der Bundesrechnungshof bereits im Sommer 2025 in aller Deutlichkeit bestätigt. Deshalb braucht es zwingend eine zweigeteilte Roadmap: Kurzfristig bündeln wir vorhandene Dienste in einer operativen Allianz zwischen BMDS und FITKO. Mittelfristig muss der Stack aber als Produkt des IT-Planungsrats verankert werden. Nur das sichert die dauerhafte Finanzierung und garantiert, dass die Basisdienste für Kommunen unentgeltlich, verlässlich und vor allem bedarfsgerecht verfügbar bleiben. Der Deutschland-Stack darf deshalb kein Alleinprojekt des Bundes bleiben – er muss zum Gemeinschaftswerk werden, damit er dort wirkt, wo Digitalisierung stattfindet: vor Ort.

GEMEINSAM DIE DIGITALISIERUNG BEWEGEN

Der Wandel gelingt nur, wenn wir ihn konsequent gestalten. Dafür braucht es Mut, Offenheit für neue Wege und den festen Willen, Bürokratie zu verringern. Ich lade Sie alle ein, diesen Weg gemeinsam zu gehen – für einen modernen Staat, der den Menschen dient. Deshalb zähle ich darauf, dass die kommunalen IT-Dienstleister künftig die Komponenten des Deutschland-Stacks, wie auch das National-Once-Only-Technical-System (NOOTS), konsequent nutzen und offen für neue Entwicklungen, wie zum Beispiel Cloud-Register (Register-as-a-Service) sind. Wir werden Deutschland nur dann grundlegend modernisieren können, wenn Bund, Länder und Kommunen zu Veränderungen bereit sind und diese gemeinsam vorantreiben.

„Ein ‚Stack‘, der einseitig am Tropf des Bundesdigitalministeriums hängt, stellt für kommunale IT-Dienstleister ein unkalkulierbares Betriebsrisiko dar.“

Thilak Mahendran

„AM ENDE WOLLEN WIR ALLE TEIL EINES FUNKTIONIERENDEN DIGITALSTAATS SEIN“



Auf der Digitalministerkonferenz kommen seit 2024 mehrmals jährlich die zuständigen Ministerinnen und Minister der Länder zusammen. Aktuelles Top

Thema: der Deutschland-Stack. Im Interview spricht der geschäftsführende VITAKO Vorstand Lars Hoppmann mit der Rheinland-Pfälzischen Digitalministerin Dörte Schall über Chancen und Grenzen des Projekts.

Frau Ministerin, wie lautet Ihre Einschätzung zum Deutschland-Stack?

Der Stack ist eine enorme Chance: Er erlaubt es uns, bundesweit einheitliche Standards zu definieren und damit eine gemeinsame Grundlage zu schaffen. Gleichzeitig müssen wir sehr behutsam vorgehen: Die Kommunen haben schon viele gute Lösungen entwickelt. Umso entscheidender sind funktionierende Schnittstellen, die vorhandene Lösungen anschlussfähig machen. Außerdem müssen Kommunen weiterhin eigene Prioritäten setzen können. Sie wissen am besten, welche Bedarfe sie vor Ort haben. Während manche Kommunen als erstes einen digitalen Jagdschein eingeführt haben, haben andere sehr schnell die Online-Ehe-Anmeldung umgesetzt. Kurz: Kommunen müssen ihre Wahlfreiheit behalten, sollen sich aber an den Standards des D-Stack orientieren und diese implementieren.

Welche Leistungen sollte der Bund aus Ihrer Sicht über den Stack bereitstellen?

Alle Leistungen, die Kommunen als Dienstleister für den Bund erbringen

und bei denen sie keinen eigenen Handlungsspielraum haben. Ein gutes Beispiel ist das zentralisierte i-kfz-Portal zur An- und Ummeldung von Fahrzeugen, das jetzt auf Bundesebene vorangetrieben wird. Aber auch bei anderen bundeseinheitlichen Verfahren, wie beim Beantragen des Personalausweises oder von Asylleistungen, wird das eine zentrale Rolle spielen.

Wie stellen wir sicher, dass die Lösungen auch genutzt werden?

Indem wir ein wirklich gutes Angebot machen. Es muss einfach sinnvoll sein, die Lösungen zu nutzen – und zwar für alle Ebenen. Die Lösungen müssen die Kosten in der Verwaltung senken, Mitarbeitende entlasten und das Leben von Bürgerinnen und Bürgern erleichtern. Dabei haben wir aus unseren bisherigen Fehlern gelernt, Beispiel BundID: Der Antragsprozess für Bürgerinnen und Bürger war ungeheuer komplex, weshalb die ID nie wirklich in der Breite angekommen ist. Ein Teufelskreis, denn je weniger sie genutzt wurde, desto weniger Sinn machte es, sie an weitere Ver-

fahren anzuschließen. Zudem hat sie für Mitarbeitende keine nennenswerten Erleichterungen gebracht. Das muss jetzt anders laufen.

Spannend! Die Perspektive der Mitarbeitenden taucht in der Diskussion nur selten auf.

Absolut. Dabei sind die Mitarbeitenden der Verwaltungen diejenigen, die am Ende die Transformation stemmen. Wichtig ist daher auch: Es kann nicht sein, dass sie alle paar Jahre mit einer völlig neuen Software konfrontiert werden und umlernen müssen. Das ist schlicht ineffizient – und erhöht auch nicht gerade die Arbeitszufriedenheit. Deswegen gilt es jetzt, wirklich nachhaltige Lösungen aufzusetzen.

Wie unterstützen die Länder bei der Umsetzung?

Die Länder haben eine wichtige Funktion. Sie können koordinierend unterstützen, die Finanzierung sicherstellen, aber ihren Kommunen Leistungen auch direkt bereitstellen. In Rheinland-Pfalz etwa haben wir viele kleine Kommunen

**Dörte Schall ist
Digitalministerin in
Rheinland-Pfalz und
hatte bis Ende 2025
den Vorsitz der
Digitalminister-
konferenz inne.**

und Gemeinden. Schon deshalb ist es für uns selbstverständlich, bei der Einführung neuer Leistungen aktiv zur Seite zu stehen. Als erstes Bundesland haben wir die Efa-Fertigungsstrecke für Landesbehörden auch für Kommunen geöffnet. Den Kommunen steht damit ein Baukasten aus erprobten Vorlagen und standardisierten Abläufen zur Verfügung, um OZG-Leistungen umzusetzen – das ist ein großer Mehrwert! Gleichzeitig haben wir als Land dabei wichtige Erfahrungen gesammelt, auf denen wir für den Deutschland-Stack jetzt gezielt aufbauen können.

Zum Abschluss, Frau Ministerin: Woran können wir in drei Jahren messen, ob der Deutschland-Stack ein Erfolg ist?

Wenn Kommunen und Ländern spürbar entlastet sind. Sprich: Wenn digitale Dienste schneller eingeführt werden, die Technik einfacher ist, die Betriebs- und Entwicklungskosten deutlich reduziert sind – und zwar nachweisbar. Dann werden auch Kapazitäten für andere Digitalisierungsschritte frei. Unser übergeordnetes Ziel ist klar: Am Ende wollen wir alle Teil eines funktionierenden Digitalstaats sein.

„Die Kommunen haben schon viele gute Lösungen entwickelt. Umso entscheidender sind funktionierende Schnittstellen, die vorhandene Lösungen anschlussfähig machen.“

Dörte Schall

DEUTSCHLAND-STACK? WICHTIG, ALLERDINGS...

Juli 2025, die Landesregierung Schleswig-Holsteins und Dataport veröffentlichen ein Positionspapier zum Deutschland-Stack. Kernaussage: Der Deutschland-Stack ist für die Digitale Souveränität und Innovationskraft ein echter Gamechanger. Warum die Bewertung inzwischen nüchterner ausfällt, was zu tun ist und was sich Deutschland vom hohen Norden abgucken kann, erklärt der Vorstandsvorsitzende von Dataport Dr. Johann Bizer im Interview.

Herr Dr. Bizer, Anfang 2024 hat die Bundesregierung den Deutschland-Stack angekündigt. Wie fällt Ihr Zwischenfazit aus?

Durchwachsen. Die Bundesregierung ist mit einem enorm großen Versprechen gestartet: Der Deutschland-Stack soll mit dem föderalen Flickenteppich aufräumen, eine gemeinsame Basis schaffen und der Digitalisierung echten Schub verleihen. Das klingt fast wie ein Allheilmittel. Aber nach wie vor ist unklar, was der Stack eigentlich leisten soll. Und auch die politischen Verantwortlichen wirken bislang eher ratlos.

Aber mein Grundoptimismus bleibt. Der Deutschland-Stack bietet die Chance, endlich eine gemeinsame Plattform über die föderalen Ebenen hinweg zu schaffen. Genau dafür haben wir als kommunale IT-Dienstleister schon vor sieben Jahren geworben und dem IT-Planungsrat angeboten, eigene Lösungen nicht weiter zu verfolgen und neu gemeinsam anzufangen – ein radikaler Vorschlag, der damals leider nicht umgesetzt wurde. Aber vielleicht musste die Idee erst reifen.

Was muss der Bund jetzt tun?

Punkt eins: etablierte Lösungen einbinden. Die Zeit ist ja nicht stehen geblieben – wir haben in den vergangenen Jahren zahlreiche leistungsfähige Anwendungen zur OZG-Umsetzung sowie zum Roll-in und Roll-out von EfA-Leistungen entwickelt und betreiben diese. Da spreche ich für die kommunalen IT-

Dienstleister insgesamt. Die müssen klug genutzt werden, auch, um Kosten zu sparen. Punkt zwei: den Verwaltungen ein überzeugendes Angebot machen. Die Basiskomponenten des Deutschland-Stacks müssen echten Mehrwert bieten, die Nutzung muss einfach sein, die Kostenstruktur attraktiv. Nur dann wird der Stack auch genutzt. Dafür braucht es allerdings einen

kontinuierlichen Austausch zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Und genau hier habe ich meine Zweifel: Warum wird etwa die FITKO – die Föderale IT-Kooperation – nicht stärker eingebunden? Diese etablierten Strukturen müssen wir besser nutzen, sonst steuern wir am Ende doch auf einen Bundes-Stack zu. Punkt drei: Wir müssen seit langem bekannte Großaufgaben wie echte Ende-zu-Ende-Digitalisierung, Registermodernisierung oder mehr cloud-fähige Software weiter priorisieren. Denn das sind die Themen,

die die digitale Verwaltung wirklich voranbringen. Der Deutschland-Stack schrumpft dagegen fast zu einem Nice-to-have.

Schleswig-Holstein gilt als Musterbeispiel für gute Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Land. Wie gelingt das?

Wir konnten alte Konfliktmuster überwinden. Viele Debatten laufen immer wieder nach der gleichen Schlachtordnung: Das Land möchte etwas ändern, die Kommunen wehren sich und fordern Geld, die Finanzierung wird zum Streitpunkt und das gemeinsame Projekt scheitert. Das Konnexitätsprinzip, dem zufolge die verantwortliche Ebene auch die finanzielle Last für

**„Wir müssen
aufhören, immer nur
auf Lösungen vom
Bund zu schielen.“**

Dr. Johann Bizer

übertragene Aufgaben stemmen muss, wirkt dabei als Schützengraben. In Schleswig-Holstein stehen hingegen die gemeinsamen Ziele im Vordergrund. Das lässt sich am Beispiel des elektronischen Personenstandsregister erklären: Das Land hat das Register für circa 200 Standesämter finanziert. Die Betriebskosten aber werden zwischen allen aufgeteilt. Die Investition rechnet sich damit auch für das Land. Und weil das Register auch von Hamburg und Bremen finanziert und genutzt wird, ist das am Ende sogar ein Win-win-win!

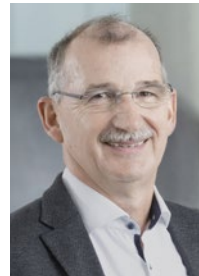
Auch in Sachen Open Source ist Schleswig-Holstein Vorreiter.

Das ist richtig, allerdings ist das Thema keineswegs neu. Schon 2019 basierten rund 40 Prozent der Anwendungen in unserem Rechenzentrum auf Open Source. Schleswig-Holstein ist dennoch ein Vorreiter, da das Land konsequent auf Open-Source-Lösungen setzt und sich angesichts der derzeitigen geopolitischen Lage mit klarer Haltung sukzessive von proprietärer Software wie den vermeintlich alternativlosen Microsoft-Lösungen trennt. Während der ersten Amtszeit von Donald Trump, 2017/2018, habe ich die ersten Vorträge zur Digitalen Souveränität gehalten. Das wurde noch als „Anti-Imperialismus“ weggelächelt. Damals dachten viele noch: „Wird schon nicht so schlimm“. Aber jetzt, in der zweiten Amtszeit von Trump und allerspätstens nach Venezuela und Grönland wird klar: Die meinen das

wirklich ernst! Es ist also höchste Zeit, dass wir von den USA unabhängiger werden. Schleswig-Holstein beweist, dass ein souveräner Weg möglich ist.

Was können andere von Schleswig-Holstein lernen?

Dass es für jede Transformation eine gute Führung braucht. Den enormen Fortschritt in Schleswig-Holstein haben wir auch dem Gestaltungswillen von Minister Dirk Schrödter zu verdanken. Er hat früh erkannt, dass digital aufgestellte Kommunen funktionierende Kommunen sind – was wiederum im Interesse des Landes ist. Noch wichtiger aber: Wir müssen aufhören, immer nur auf Lösungen vom Bund zu schielen. Der Schleswig-Holsteiner Weg zeigt, wie viel auch mit horizontaler Zusammenarbeit erreichbar ist!



**Dr. Johann Bizer ist
Vorstandsvorsitzender
von Dataport AöR.**

UPDATE!?

Komm DIGITALE

Digitale Kommune - Messe und Kongress

Besuchen Sie uns am
KDN-Gemeinschaftsstand B1!

Die ganze Bandbreite für Bielefeld

Was ist neu bei LLM-Modellen, unserer souveränen KI-Plattform und im Energiemonitoring? Im Verbund mit starken Partnern präsentieren wir Ihnen performante, zukunftsfähige Lösungen. Außerdem: Wie Ihr Service Portal „Smart-City-fähig“ wird und wie Sie Ihre Verwaltung KI-gestützt mit Wissen betanken.



MEHR ERFAHREN

vertrieb@regioit.de

www.regioit.de

cogniport

nextgov IT

regio it

EURITAS: HÜRDEN IM BESCHAFFUNGSRECHT ABBAUEN

Die EU will die Richtlinien für die öffentliche Vergabe grundlegend überarbeiten. Ein wichtiger und überfälliger Schritt, denn: Bislang können öffentliche IT-Dienstleister Synergien über Ländergrenzen hinweg kaum nutzen. EURITAS beteiligt sich daher am laufenden Gesetzgebungsverfahren und setzt sich für weitreichende Erleichterungen ein.

Möchte ein öffentlicher IT-Dienstleister in Deutschland einem Partner in einem europäischen Nachbarland eine neu entwickelte Softwareanwendung zur Verfügung stellen, ist aktuell ein aufwändiges Ausschreibungsverfahren erforderlich – obwohl die Leistung dabei vollständig in öffentlicher Hand bleibt. Ähnliches gilt, wenn sich IT-Dienstleister gegenseitig Rechenleistungen aus der Cloud zur Verfügung stellen möchten. Gerade bei groß angelegten Berechnungen könnten kurzfristige Engpässe so ausgeglichen werden. In der Praxis jedoch bremsen komplexe Vergabeverfahren die Zusammenarbeit erheblich aus.

Umso wichtiger, dass die EU das Vergaberecht jetzt grundlegend reformieren will. Ausschreibungsverfahren sollen deutlich einfacher werden, das Vergaberecht künftig als strategisches Instrument zur Stärkung der europäischen Souveränität dienen. Bis Ende 2026 soll das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen sein. EURITAS setzt sich dabei im laufenden Anhörungsverfahren dafür ein, dass öffentliche Auftraggeber Dienstleistungen künftig einfacher über Landesgrenzen hinweg austauschen und anbieten können.

DIGITALE ZUKUNFT BRANDENBURG FEIERT PREMIERE

In Brandenburg mit seinen über 400 Städten und Gemeinden kann die flächendeckende Digitalisierung nur in enger Kooperation zwischen Land und Kommunen vorangebracht werden.

Im Jahr 2022 hat die Landesregierung mit der Verabschiedung des Digitalprogramms 2025 einen wichtigen Meilenstein gesetzt. Das Programm umfasst insgesamt 83 praxis- und anwendungsorientierte Maßnahmen, die darauf abzielen, einen spürbaren Mehrwert für die Menschen in Brandenburg zu schaffen. Seit 2025 verfügt der Landeshaushalt zudem über ein eigenes Digitalbudget.

Welche Maßnahmen konnten bereits erfolgreich umgesetzt werden? Wo zeigen sich positive Effekte der Digitalisierung im Alltag der Bürgerinnen und Bürger

sowie in Verwaltung, Wirtschaft und Bildung? Wo bestehen noch strukturelle Herausforderungen? Welche Themen rücken künftig stärker in den Fokus?

Mit der Premiere des Kongresses „Digitale Zukunft Brandenburg“ am 21. April 2026 wird der Behörden Spiegel für das Land und die Kommunen eine Plattform für den fachlichen Austausch und die intensive Vernetzung schaffen. Im Mittelpunkt stehen dabei zentrale Themen wie digitale Anwendungen in Kommunen, nachhaltige Digitalisierung sowie sichere Datennutzung.

MEHR ZUM KONGRESS UNTER

www.digizu-bb.de

Digitale Zukunft Brandenburg

21. April 2026 | Potsdam



MARKTPLATZ DEUTSCHLAND.DIGITAL UND DAS PORTFOLIOMANAGEMENT DER GOVDIGITAL

Die Nachnutzung digitaler Lösungen und der Austausch zwischen öffentlichen IT-Dienstleistern gewinnen immer mehr an Bedeutung – auch über den OZG-EfA-Bereich hinaus. Die Kooperationen der Dienstleister werden enger. Mit dem Marktplatz Deutschland.Digital und einem genossenschaftseigenen Portfoliomanagement treibt govdigital die Weitergabe von Lösungen voran.

Im März 2025 hat der IT-Planungsrat die Zusammenführung seiner föderalen Marktplätze beschlossen. FIT-Store, EfA-Marktplatz und Cloud-Service-Portal (CSP) der Deutschen VerwaltungscLOUD (DVC) werden zusammengeführt, weitere Marktplätze und marktplatzähnliche Portale angebunden. Mit dem neuen Marktplatz Deutschland.Digital (MDD) entsteht damit für alle öffentlichen Stellen ein einheitlicher, transparenter und rechtssicherer Zugang zu einem umfassenden Angebot an digitalen Lösungen.

IM AUFTRAG DER FITKO ÜBERNIMMT DIE GOVDIGITAL DABEI WESENTLICHE AUFGABEN:

- Aufbau und technischer Betrieb des Marktplatzes
- Sicherstellung von Standards und weiteren Qualitätskriterien
- Vernetzung der föderalen Marktplatzlandschaft
- Ermöglichung einfacher und vergabefreier Beschaffung digitaler Leistungen durch eine Intermediärsrolle

Die Entscheidung, welche Produktgruppen und Anbieter zukünftig auf dem MDD vertreten sein werden, liegt bei IT-Planungsrat und FITKO. govdigital sorgt für die Umsetzung und ist darüber hinaus in der Rolle als Intermediär wesentlich, um dem MDD eine hohe Reichweite zu garantieren.

PORTFOLIOMANAGEMENT: ALLE LÖSUNGEN AUF EINEN BLICK

Der Austausch digitaler Lösungen zwischen öffentlichen IT-Dienstleistern wächst. Für govdigital als Genossenschaft der Dienstleister ist die Vermittlung von Lösungen inzwischen ein Massengeschäft geworden: Über 90 Kooperationen wurden im Jahr 2025 vermittelt – und der Bedarf steigt weiter. Ein neues genossenschaftliches Portfoliomanagement fördert Kooperation und Arbeitsteilung der Dienstleister nun weiter. Damit unterstützt govdigital ihre Mitglieder, digitale Leistungen auch über den eigenen Trägerkreis hinaus anzubieten. Dank der strukturierten Erfassung, Bewertung und Darstellung der verfügbaren Lösungen innerhalb der Genossenschaft entsteht ein umfassender Überblick. Das Leistungsspektrum ist dabei sehr weit gefasst und geht über EfA- und Cloud-Angebote deutlich hinaus.

Kurz: Das Portfoliomanagement fördert nicht nur die Nachnutzung und Wirtschaftlichkeit einzelner Lösungen. Es dient auch der strategischen Weiterentwicklung des Leistungsportfolios der IT-Dienstleister und der govdigital-Gemeinschaft insgesamt.



**Mark Zollondz ist
Projektmanager
Portfoliomanagement
der govdigital eG.**



**Felix Ette ist Vertriebs-
und Projektmanager
Marktplätze der
govdigital eG.**

SERIE

VITAKO ARBEITSGRUPPEN IM FOKUS

VITAKO Mitglieder treiben Schlüsselfragen der Verwaltungsdigitalisierung in mehr als zehn Arbeitsgruppen voran. Eine davon ist die Projektarbeitsgruppe Standardisierung. Ihr Leiter Arne Baltissen gibt Einblick in Ziele, Projekte und erste Erfolge.



EINSATZ FÜR META-STANDARD

Über Jahrzehnte haben Behörden quer durch Deutschland unterschiedliche Verfahren im Umgang mit Daten entwickelt – ob bei der Registerstruktur, den genutzten Schnittstellen oder den jeweiligen Zugriffsrechten. Ein reibungsloser Datenaustausch zwischen den Verwaltungen ist dadurch unmöglich. Das Problem ist seit langem bekannt. Zwar entstehen etwa im Rahmen der Registermodernisierung und in bestimmten Fachdomänen inzwischen übergreifende Datenstandards, allerdings: „Wenn wir das jetzt nicht zentral koordinieren, stehen wir am Ende wieder mit einem Sammelsurium paralleler Standards da,“ betont Arne Baltissen. „Wer die Verwaltung modernisieren will, muss deutschlandweit geltende und verbindliche IT-Standards vereinbaren und in Wirkung bringen.“

STIMME DER KOMMUNALEN IT

Unter Beteiligung von VITAKO hat sich im Sommer 2024 das Föderale IT-Standardisierungsboard konstituiert. Hier beraten Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern, Kommunen sowie weitere Schlüsselakteure nächste Schritte und treffen maßgebliche Entscheidungen. Die kommunalen IT-Dienstleister sind mit von der Partie – und übernehmen besonders bei dem so wichtigen Thema

Meta-Standard eine zentrale Rolle. So hat VITAKO die Federführung der zugehörigen Unterarbeitsgruppe inne. „Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus dem Board und unserer Mitgliedschaft erarbeiten wir eine Beschreibungsmethodik für alle Verwaltungsdaten. Wenn das gelingt, wäre das ein großer Schritt hin zu mehr Automation – und zu einer spürbaren Entlastung von Verwaltungen, sowie Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen“, so Arne Baltissen.

Dabei spielt die kontinuierliche Abstimmung innerhalb der Mitgliedschaft eine enorme Rolle. Hintergrund: Parallel zur Gremienarbeit hat VITAKO eine entsprechende Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Mit Unterstützung der Geschäftsstelle bereiten zehn Mitglieder regelmäßig die Termine des Boards vor, ordnen Beschlüsse ein und stimmen Positionen ab. „Die Diskussionen in der Gruppe sind auch für mich persönlich enorm bereichernd“, so Arne Baltissen. „Man bekommt ein sehr breites Bild: Welche Datentypen nutzen andere? Wie sind sie beschrieben? Welche modernen Konzepte für Datenaustausch und -management gibt es – und was können wir daraus für unsere Systeme lernen?“

GRUNDLAGE FÜR DEN DEUTSCHLAND-STACK

Mit dem Deutschland-Stack – der nicht weniger als das Rückgrat der Verwaltungsdigitalisierung sein wird – erhält das Thema Standardisierung zusätzliche Dynamik. Das Mammutprojekt ist ohne gemeinsame Standards zum Scheitern verurteilt. Das Digitalministerium teilt diese Perspektive und fordert VITAKO auf, sich einzubringen. Arne Baltissen betont: „Es ist wirklich großartig, dass wir mit der Arbeitsgruppe Standardisierung zu diesem Zeitpunkt quasi einen Think Tank parat haben – so können wir die kommunalen Bedarfe zum perfekten Zeitpunkt in politische Prozesse einbringen.“



Arne Baltissen ist Vertreter der VITAKO im Föderalen IT-Standardisierungsboard und Leiter der Projektgruppe Standardisierung.

WIE KOMMUNEN KI-STRATEGIEN EFFIZIENT AUFSETZEN

Schon heute nutzen die meisten Kommunen KI-Tools. Allerdings handelt es sich im Regelfall um Pilotprojekte oder einzelne Use-Cases. Oft fehlen konkrete Zielsetzungen und ein übergeordnetes, planvolles Vorgehen. Die Folge: Das volle Potenzial von KI wird nicht ausgeschöpft. VITAKO und KGSt zeigen in einer neuen Guideline auf, wie Kommunen Strategien entwickeln können, um KI in der Verwaltung kohärent und effektiv voranzutreiben.

Anhand zahlreicher Beispiele wird verdeutlicht, wie KI-Strategien im Verwaltungshandeln konkret umgesetzt werden können. Dabei stehen fünf Stratemodule im Vordergrund:

- **Governance:** Die Nutzung von KI braucht klare Strukturen. Verwaltungen müssen festlegen, wer welche Aufgaben übernimmt und wo Verantwortlichkeiten liegen. Auch müssen Daten gut gemanaged werden, damit KI-Systeme alle relevanten Informationen nutzen können. Datensilos sind zu vermeiden. Zudem stellt eine gute Governance sicher, dass geltende Gesetze und Vorschriften wie der EU AI Act eingehalten und neue Gesetzgebungen regelmäßig integriert werden.
- **Werte & Ethik:** KI wirft ethische Fragestellungen auf. Wie wird sichergestellt, dass KI-Entscheidungen fair und diskriminierungsfrei sind? Wie wird die Privatsphäre geschützt? KI-Strategien müssen darauf Antworten geben. Möglich ist etwa der Einsatz von interdisziplinären Teams, die KI-Lösungen kontinuierlich unter ethischen Gesichtspunkten bewerten und die Ergebnisse in Form eines jährlichen Berichts monitoren, sodass die Verwaltung selbstlernend auf KI-Entwicklungen reagieren kann.
- **Qualifizierung:** KI-basierte Systeme müssen sachkundig genutzt, ihre Ergebnisse auf Plausibilität geprüft werden. Zugleich schreitet die Entwicklung der Systeme rasch voran, Verwaltungen müssen Schritt halten. Mitarbeitende in Verwaltungen müssen daher geschult werden, wie die Systeme arbeiten, wie sie trainiert werden und wie Entscheidungen zustande kommen. Auch dieses Wissen muss regelmäßig erneuert und aktualisiert werden, vor allem bei technologischen Veränderungen.
- **Kommunikation:** KI verändert den Arbeitsalltag von Verwaltungsmitarbeitenden grundlegend. Die Vorteile von KI müssen erklärt, Bedenken gehört, Ideen berücksichtigt werden. Das gilt für die Entwicklung der KI-Strategie selbst ebenso wie für ihre Umsetzung. Zugleich muss der Einsatz von KI

auch gegenüber Bürgerinnen und Bürgern erklärt und nachvollziehbar kommuniziert werden. Möglich sind hier bewährte Beteiligungsformate.

- **Umsetzung:** Jede Strategie muss Wege aufzeigen, wie Konzepte und Use Cases in die flächendeckende Anwendung kommen. So müssen KI-Technologien von Anfang an strategisch auf ihre Wirksamkeit und Einsparpotenziale überprüft werden. Die technische Machbarkeit ist zu klären. Und nicht zuletzt müssen Kommunen die steigende Zahl an KI-Anwendungen in einem Portfoliomanagement verwalten, um Redundanzen und ungenutzte Software zu vermeiden.

KI-Guidelines für Kommunen

VITAKO hat die Guideline KI-Strategien gemeinsam dem Mitglied PROSOZ Herten und dem Fachverband KGSt im Dezember 2025 veröffentlicht. Zuvor hatten die Partner bereits eine Guideline samt Praxistipps zum KI-Thema Large Language Modell veröffentlicht, die in einer im September 2025 aktualisierten Form bereitsteht.



SERIE

KOMMUNE DER ZUKUNFT

Hundemarke verloren? In vielen Kommunen dürfte das bald kein Problem mehr sein. Der niedersächsische IT-Dienstleister GovConnect hat mit der pmHundemarke eine digitale Alternative entwickelt, die alle relevanten Daten im Smartphone-Wallet anzeigt. Wie genau das funktioniert, erläutert Produktmanagerin Maren Wulf.

TEIL 15
EIN CHATBOT FÜR
JEDEN BESCHIED

TEIL 16
GREMIENSITZUNGEN
WERDEN HYBRID

TEIL 17
VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG
IN EIGENREGIE

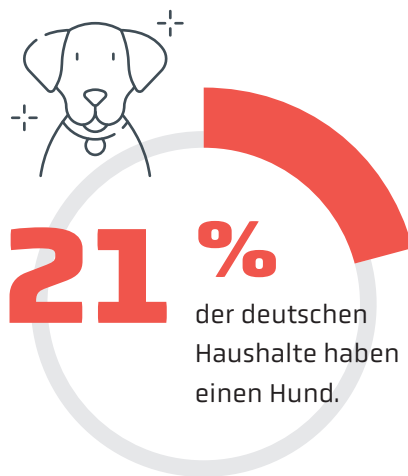
TEIL 18
HUNDESTEUER: VON DER
ANALOGEN MARKE ZUM WALLET

HUNDESTEUER: VON DER ANALOGEN MARKE ZUM WALLET

Wer in Deutschland einen Hund hat, muss Hundesteuer zahlen – und den Nachweis in den meisten Bundesländern auch beim Spaziergang mitführen. Bislang geschieht das per Metallmarke am Hundehalsband. Doch die Lösung hat Nachteile: Marken fallen ab oder werden mit der Zeit unleserlich. „Als Hundehalterin weiß ich, wie schnell so eine Marke beim Spielen mit anderen Hunden verloren geht“, so Maren Wulf. Für Bürgerinnen und Bürger bedeutet das ärgerlichen Mehraufwand und mögliche Bußgelder, für Ämter Ersatzbestellungen, Porto und wertvolle Arbeitszeit von Mitarbeitenden.

SO EINFACH WIE EIN DIGITALES FLUGTICKET

Hier setzt die pmHundemarke von GovConnect an. Mit der digitalen Marke haben Hundehalterinnen und -halter die wichtigsten Daten jederzeit auf dem Smartphone parat. Mitarbeitende des Ordnungsamts scannen bei der Kontrolle einen QR-Code ein und können die Halterangaben sofort einsehen. Bislang mussten sie dafür die Nummer auf der



Hundemarke an die Verwaltung übermitteln und von den Kolleginnen und Kollegen dort händisch prüfen lassen.

Ebenso unkompliziert ist der digitale Antrag: Wer seinen Hund online anmeldet, kann die Marke direkt mitbeantragen. Verwaltungsmitarbeitende erstellen die Marke dann mit nur einem Klick. Maren Wulf: „Der QR-Code wird automatisch generiert und lässt sich direkt ins Wallet laden – ähnlich wie ein digitaler Boardingpass.“ Um Fälschungen zu ver-

hindern, wird der QR-Code bei der späteren Kontrolle zusätzlich über die Software pmHundManager verifiziert und auf Echtheit geprüft. Nutzt eine Verwaltung den pmHundManager nicht, stellt die GovConnect eine passende Nutzerumgebung zur Verfügung.

EINSATZ ÜBER NIEDERSACHSEN HINAUS

Das Projekt startete Anfang 2025. Noch im selben Jahr ging die Lösung in Ganderkesee in Betrieb – ein weiterer Schritt in Richtung Digitalisierung und Bürgerfreundlichkeit für die niedersächsische Kommune. Heute nutzen auch einige Kommunen außerhalb von Niedersachsen die Hundemarke. „Das Projekt zeigt, dass es nicht immer die hochkomplexen Lösungen braucht“, betont Maren Wulf. „Auch schnell umsetzbare Lösungen können den Alltag in der Verwaltung spürbar erleichtern.“

Maren Wulf ist
Produktmanagerin
für den Bereich Hunde-
und Haltermanage-
ment bei GovConnect.

IT-LEITER-TREFFEN 2026

**12./17./19. und 24. März 2026 in den Regierungsbezirken Freiburg,
Stuttgart, Karlsruhe und Tübingen**

Das kommunale Informationsforum zu aktuellen Themen
der IT-Infrastruktur, des Datenschutzes und der Datensicherheit
in Baden-Württemberg.



Sie wollen mehr über uns erfahren:
<https://www.komm.one/it-leiter-treffen+2026>

ITK-RANDBEDARFE: BESCHAFFUNGSMARATHON NICHT MEHR NOTWENDIG

Startschuss für eine effiziente Beschaffung von ITK-Randbedarfen
ProVitako und Unite anlässlich der Vertragsunterschrift am 23. Januar 2026 in Leipzig, von links: Christel Constant, Unite AG; Karl-Josef Konopka ProVitako e.G.; Dr. Sebastian Wieser, Unite AG; Andreas Bitter, ProVitako e.G.

Montagmorgen im Büro eines kommunalen Dezernenten, der Toner des Tischdruckers ist leer. Es beginnt ein Prozess, der in vielen Verwaltungen vertraut ist: Angebote einholen, vergaberechtlich prüfen, dokumentieren, freigeben. Für einen Artikel im ein- oder zweistelligen Eurobereich. Was banal wirkt, bindet Zeit, Personal und Aufmerksamkeit – und wiederholt sich hundert- oder tausendfach im Verwaltungsalltag.

Genau hier setzt das neue Angebot von ProVitako zu ITK-Randbedarfen mit über einer Million bestellbarer Artikel an. Die Beschaffungen erfolgen vergaberechtskonform über den digitalen

ProVitako-Einkaufsmanager: schnell, intuitiv, revisionssicher dokumentiert und mit umfangreichen Nachhaltigkeits- und Zertifikatsinformationen. Der Randbedarfe Katalog ist sofort einsetzbar an bestehende ERP-Systeme anbindbar.

„ITK-Randbedarfe konnten wir bislang weder sinnvoll bündeln noch dauerhaft in klassischen Rahmenverträgen abbilden. Dabei spielen sie für die Verwaltungen eine erhebliche Rolle: Sie werden regelmäßig benötigt und umfassen oft zeitkritische IT- und Telekommunikationsartikel. Ich freue mich, dass wir sie jetzt im ProVitako-Einkaufsmanager abbilden können. Klar ist aber auch: Rahmenverträge bleiben weiterhin das Rückgrat der Beschaffungsarchitektur für unsere Kernbedarfe.“



Karl-Josef Konopka,
Vorstand der ProVitako e.G.

Die Bereitstellung der katalogbasierten Angebote erfolgt auf Basis einer Open House Vergabe und beginnend in Zusammenarbeit mit Unite. Das Unternehmen aus Sachsen-Anhalt stellt die plattformbasierte Katalog-, Bestell- und Abrechnungslogistik bereit, während ProVitako die Steuerung des Gesamtsystems, die Regelsetzung in Abstimmung mit den Mitgliedern übernimmt. Für kommunale IT-Dienstleister wie auch für ihre Trägerverwaltungen bedeutet dieser Ansatz vor allem eines: spürbare Entlastung im Arbeitsalltag. Weniger Vergabeaufwand, vereinfachte Prüf- und Dokumentationsprozesse, höhere Transparenz und Rechtssicherheit – ohne Abstriche bei Wettbewerb und Angebotsvielfalt.

ProVitako agiert somit nicht als Händler, sondern als Koordinator innerhalb der genossenschaftlichen Beschaffungslandschaft.

KONTAKT

Michael Schnepfer

Bereichsleitung Kundenmanagement & Markt-Kommunikation
Tel.: +49 2241 999 1170
kundenmanagement@provitako.de

SERIE

KOMMUNE DER ZUKUNFT

Der KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister treibt gemeinsam mit 15 Mitgliedern die Urbane Datenplattform KDN.udp voran. Wie sich die Initiative entwickelt und warum Smart-City-Projekte von der Kooperation profitieren, erläutert Simon Greitemann, Projektleiter UDP.

TEIL 16
GREMIENSITZUNGEN
WERDEN HYBRID

TEIL 17
VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG
IN EIGENREGIE

TEIL 18
HUNDESTEUER: VON DER
ANALOGEN MARKE ZUM WALLET

TEIL 19
GEMEINSAM
FÜR SMART CITY

GEMEINSAM FÜR SMART CITY

Effizientere Energieversorgung, flüssigerer Verkehr, saubere Luft: Das Versprechen von Smart-City-Projekten ist groß. Doch erst, wenn Kommunen zusammenarbeiten, entfalten sie ihr volles Potenzial – davon ist der zuständige Projektleiter, Simon Greitemann, überzeugt. Gemeinsam mit 15 Mitgliedern entwickelt er die Urbane Datenplattform im KDN. „Wir wollen weg von parallelen Einzelprojekten hin zu einem System, das gemeinsam wächst“, so Simon Greitemann.

Die technische Infrastruktur basiert auf der Plattform CIVITAS/CORE – einer Open-Source-Software, die gezielt für einen nachhaltigen, kommunalen Betriebs- und Entwicklungsansatz konzipiert wurde. Open Source ist dabei nicht nur eine technische Lösung, sondern ein strategischer Hebel für Digitale Souveränität: Architektur, Daten und Weiterentwicklung bleiben dauerhaft in öffentlicher Hand. „Mit unserer Initiative wollen wir eine Richtung vor-

geben, um einen niederschweligen Einstieg in die Welt der Urbanen Daten für alle interessierten Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu ermöglichen“, so Greitemann.

HOHE RESONANZ

Mit der Initiative trifft der KDN einen Nerv. Als die Arbeitsgemeinschaft im April 2025 startet, signalisieren rund die Hälfte der KDN-Mitglieder Interesse direkt

mit einzusteigen. Neben technischen Vorteilen schafft die Initiative auch Raum für fachlichen Austausch und gemeinsame Weiterentwicklung. Zudem können Fördermittel einzelner Kommunen damit in eine gemein-

same Infrastruktur einfließen. „Der Wille zur Zusammenarbeit ist enorm“, betont Greitemann. „Inzwischen hat sich eine sehr konstruktive Kultur entwickelt, in der Wissen offen geteilt wird. Das Ergebnis ist ein sehr schneller Projektfortschritt.“

**„Der Wille zur
Zusammenarbeit
ist enorm.“**

Simon Greitemann

KRÄFTE BÜNDELN

In der ersten Jahreshälfte 2026 sollen alle beteiligten Kommunen an die Plattform angebunden sein, anschließend wird KDN.udp schrittweise für weitere KDN-Mitglieder geöffnet. Über Nordrhein-Westfalen hinaus versteht sich KDN.udp zudem als Beitrag zu einer übergeordneten und föderal anschlussfähigen digitalen Infrastruktur. „Wir müssen jetzt anfangen, unsere Services zu standardisieren. Dazu müssen wir unsere finanziellen und personellen Ressourcen bestmöglich zusammenbringen“, so Greitemann. Damit zeigt KDN.udp, dass kommunale Akteure eine souveräne Infrastruktur nicht nur nutzen, sondern aktiv mitgestalten.



Simon Greitemann
ist Projektleiter
UDP beim KDN –
Dachverband
kommunaler
IT-Dienstleister.

VITAKO PODCAST: ZUSAMMENARBEIT FORCIEREN



VITAKO setzt Impulse für die Zukunft der digitalen Verwaltung. Im neuen Podcast Verwaltung.Digital.Insights spricht der geschäftsführende VITAKO Vorstand Lars Hoppmann monatlich mit renommierten Stimmen aus Verwaltung, Politik und Digitalwirtschaft. Die ersten beiden Folgen stehen ganz im Zeichen der Kooperation als Schlüssel für eine erfolgreiche Verwaltungsdigitalisierung.

„Wir müssen viel mehr als Team Deutschland denken.“

FOLGE 1



Lena-Sophie Müller ist CEO der Initiative D21 e. V. und Mitglied im Digitalrat der Bundesregierung.

Wer in der Verwaltungsdigitalisierung vorankommen will, muss Digitalisierung als Mannschaftssport begreifen – so eine zentrale Botschaft von Lena-Sophie Müller. Denn Projekte scheitern häufig nicht am technischen Know-how, sondern an widerstrebenden Interessen. Umso wichtiger sei die Bereitschaft, Kompromisse einzugehen und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen.

Fortschritte in der Digitalisierung seien dabei kein Nice-to-have. „Jeder positive Kontakt mit einem Amt, einer Behörde oder einem Rathaus stärkt das Vertrauen ins System“, so Müller. Zentrales Kriterium sei dabei, dass Leistungen alltagstauglich gestaltet und ihr Nutzen für Bürgerinnen und Bürger klar erkennbar sei.

Auch das EUDI-Wallet als möglicher Gamechanger, die Potenziale der Modernisierungsagenda und eine Zukunft mit Physical AI werden besprochen. Hoch abstrakte Themen. Und dennoch findet Lena-Sophie Müller immer wieder verblüffend einfache Bilder, um ihre Botschaft klarzumachen.

„Die guten Erfahrungen Länder- Kommunen-Kooperation müssen wir ausbauen.“

FOLGE 2



Dr. Johann Bizer ist Vorstandsvorsitzender von Dataport AöR und Vorstandsmitglied bei VITAKO.

Wo wir bei der digitalen Verwaltung aktuell stehen? Die gute Nachricht: Gerade bei Online-Diensten wurde bereits viel erreicht, so die Einschätzung von Dr. Johann Bizer. Die schlechte Nachricht: Vor allem durchgängige Ende-zu-Ende-Prozesse und cloudfähige Fachverfahren stecken noch im Anfangsstadium, massive Investitionen und strukturelle Veränderungen seien hier notwendig.

Das könne nur gemeinsam erfolgreich gestemmt werden. Die Voraussetzungen seien da, betont Bizer: „Auf der kommunalen Ebene bestimmt der Wille zur Kooperation vielerorts das Bild.“ Ein gutes Beispiel: Gemeinsam betriebene Standesämter, die aus Effizienzgründen von mehreren Gemeinden genutzt werden.

In der Verantwortung sieht Bizer dabei auch die Länder. Die Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und den Kommunen sieht er als Positivbeispiel. Daraus folgt sein Appell: „Wir müssen aufhören, auf den Bund zu schießen und unsere eigenen Stärken weiter ausbauen.“ Die Verve, den Johann Bizer dabei an den Tag legt, motiviert!

STUDIE ZU WOHNUNGELD: BLAUPAUSE FÜR DIE DIGITALE VERWALTUNG

Erst in der konkreten Umsetzung zeigt sich, wie digitale Verwaltung gelingt, was es dafür braucht und welche Hürden zu überwinden sind. Eine Studie des Thinktank Agora Digitale Transformation zeigt am Beispiel des Wohnungsgeldantrages, wo der Prozess steht und was verändert werden muss. Grundlage sind die praktischen Erfahrungen von Antragstellenden und Sachbearbeitenden.

Hintergrund: Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag definiert, dass Sozialleistungen als Blaupause für die Verwaltungsmodernisierung gelten sollen. Ende Januar ist der Bericht der Sozialstaatskommission dazu erschienen, der 26 Empfehlungen gibt und das Thema Digitalisierung als zentralen Hebel hervorhebt. Parallel dazu hat die Agora-Studie untersucht, wie der Wohn-

geldantrag konkret verbessert werden kann.

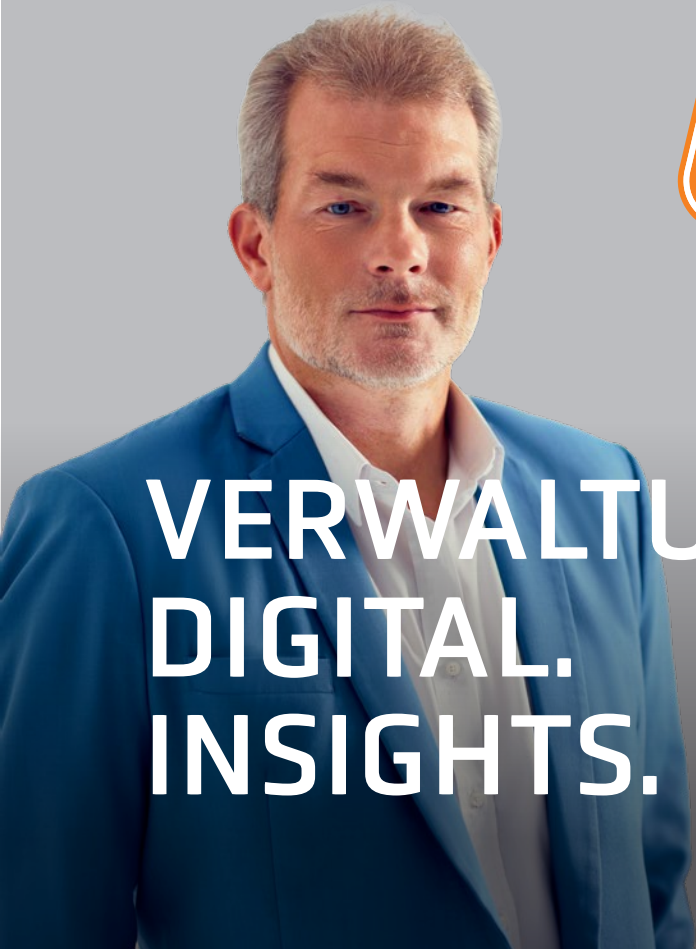
Gerade beim Wohnungsgeld ist der Handlungsbedarf erheblich – so ein Kernergebnis die Studie. Klar ist aber auch, dass wichtige Bausteine der Verwaltungsdigitalisierung bereits vorhanden sind oder sich im Aufbau befinden, siehe Online-Zugangsgesetz, Registermodernisierung, EUDI-Wallet oder Deutschland-Stack. Am konkreten Beispiel zeigt die Studie, wie sich diese Bausteine besser miteinander verzahnen lassen. Ähnlich wie die Kommission fordert Agora dafür den Übergang zu einer plattformbasierten Verwaltung. Ziel ist eine konsequent nutzerorientierte Verwaltung, die sowohl Bürgerinnen und Bürgern als auch Sachbearbeitenden den Alltag erleichtert.

WOHNUNGELD DIGITAL GEDACHT

In der Studie identifiziert der Thinktank Agora Digitale Transformation am Beispiel Wohnungsgeld, wie die Bausteine Online-Zugang, Registermodernisierung, EUDI-Wallet und Deutschland-Stack besser zusammenspielen können.



VITAKO



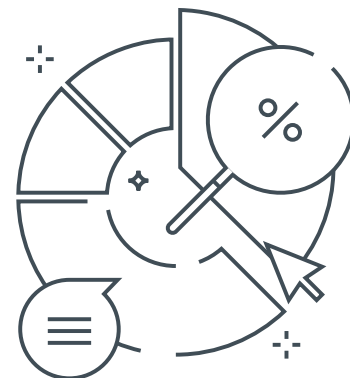
VITAKO
PODCAST



VERWALTUNG. DIGITAL. INSIGHTS.



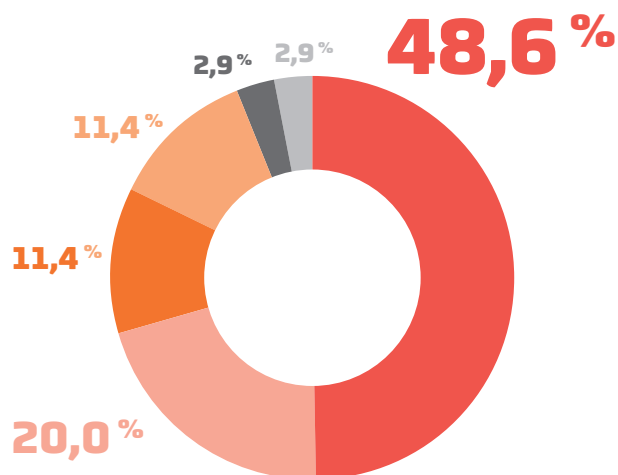
vitako.de/podcast



DEUTSCHLAND-STACK: CHANCEN WIRKLICHKEIT WERDEN LASSEN

Selten haben sich kommunale IT-Dienstleister zu einer Bundesinitiative so geschlossen positiv geäußert: Rund drei Viertel der VITAKO Mitglieder erachten den Aufbau eines Deutschland-Stack als (sehr) wichtig. Die aktuelle Umfrage zeigt, was jetzt zu tun ist, damit das Großprojekt auch wirklich ein Erfolg wird.

WICHTIGSTE BASISKOMPONENTE

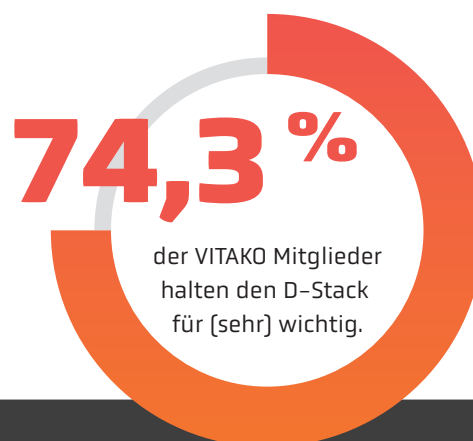


- Digitale Identifizierungsmöglichkeiten
- Souveräne Cloud-Lösungen
- Zentral bereitgestellte Fachverfahren
- IT-Sicherheitslösungen
- KI-Lösungen für die Verwaltung
- Workflow-Komponenten
- 0% Payment-Lösungen

Der Deutschland-Stack verspricht in Kernprojekten der digitalen Verwaltung wichtige Fortschritte. So erhoffen sich kommunale IT-Dienstleister vor allem eine größere Einheitlichkeit bei Datenformaten und Schnittstellen sowie in Sachen Digitale Souveränität und Verwaltungsdigitalisierung. Dass der Nutzen für Bürgerinnen und Bürger dabei in den Hintergrund rückt, ist folgerichtig: Nachdem im Zuge des OZG bereits zahlreiche Services auf Online-Portale umgestellt wurden, kommt es jetzt darauf an, eine verlässliche und leistungsfähige Ende-zu-Ende-Infrastruktur bereitzustellen.

Zugleich sind die Herausforderungen nicht zu unterschätzen. Der Stack muss technisch angebunden, Mitarbeitende geschult und die entstehenden Kosten von den ohnehin stark belasteten Kommunen getragen werden – so die Einschätzung der kommunalen IT-Dienstleister. Dabei könnte eine fehlende Akzeptanz in den Verwaltungen verhindern, dass neue Lösungen tatsächlich zum Einsatz kommen.

Was also braucht es, damit der D-Stack für die Kommunen tatsächliche Mehrwerte schafft? Rund 30 Prozent der VITAKO Mitglieder verweisen auf klare Governance-Strukturen, um die Bedarfe von Bund, Ländern und Kommunen sinnvoll zusammenzuführen. Ebenfalls zentral sind die Einbindung bestehender Lösungen, konsequente Standardisierungsbemühungen und eine auskömmliche Finanzierung. Die gute Nachricht: Die kommunalen IT-Dienstleister selbst können einen wesentlichen Beitrag leisten. So haben mehr als die Hälfte der VITAKO Mitglieder bereits eigene Lösungen entwickelt, die perspektivisch in den Deutschland-Stack eingebracht werden können.



WICHTIGSTER ERFOLGSFAKTOR



Vorhandene Lösungen einbinden

20,0 %



Klare Governance

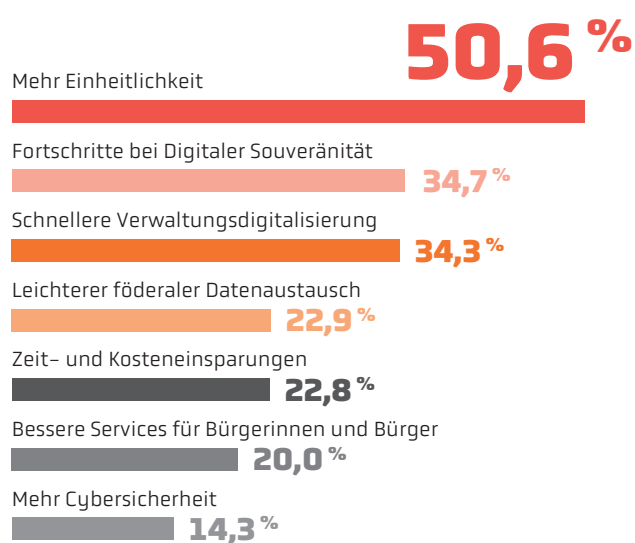
28,6 %



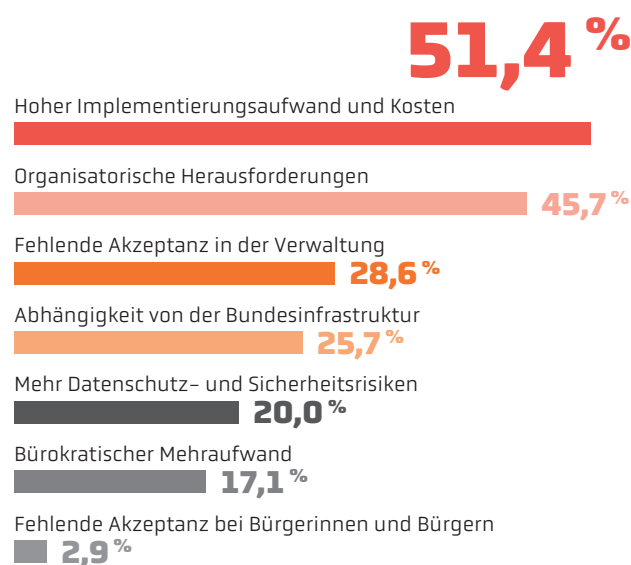
Einheitliche Standards

17,1 %

TOP-2-CHANCEN



TOP-2-RISIKEN



[Sonstige: 8,6%; zwei Nennungen möglich]



TERMINE

25. Juni 2026, Berlin

VITAKO POLITISCHER ABEND

www.vitako.de

13. – 15. Oktober 2026, Berlin

SMART COUNTRY CONVENTION (SCCON)

www.smartcountry.berlin

Herausgeber:

Bundes-Arbeitsgemeinschaft der
Kommunalen IT-Dienstleister e. V.
Charlottenstr. 65
10117 Berlin
Tel. 030/20 63 15 60
E-Mail: aktuell@vitako.de
www.vitako.de

V. i. S. d. P.: Lars Hoppmann,
geschäftsführender Vorstand von VITAKO

Redaktion, Gestaltung: Köster Kommunikation

Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Berichte auch ohne vorherige Absprache zu kürzen. Der Inhalt der Beiträge gibt nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder elektronische Verbreitung nur mit Zustimmung des Herausgebers.

Druck: Warlich Druck RheinAhr GmbH & Co. KG,
Grafschaft (Gelsdorf)

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr, Auflage: 5.000

Autoren und Mitwirkende dieser Ausgabe:

Arne Baltissen, Prosoz; Dr. Rolf Beyer, AKDB; Dr. Johann Bizer, Dataport; Hartje Bruns, Governikus; Simone Conrad, govdigital; Christina Decker, BMDS; Felix Ette, govdigital; Simon Greitemann, KDN; Lutz Hiestermann, Hiestermann & Frömchen; Lars Hoppmann, VITAKO; Karl-Josef Konopka, ProVitako; Sören Kuhn, VITAKO; Aboli Lion, VITAKO; Thilak Mahendran, Agora Digitale Transformation; Dörte Schall, MASTD Rheinland-Pfalz; Michael Schnepfer, ProVitako; Maren Wulf, GovConnect; Mark Zollondz, govdigital

Bildnachweise:

S. 3: VITAKO/Sebastian Kiener; S. 4: folgt; S. 7: dirk hasskarl/fotografie; S. 17 Agora Digitale Transformation/Robert Günther, S. 18-19 MASTD/Peter Jülich; S. 21+30: Joerg Schwalfenberg; S. 31: VITAKO/Sebastian Kiener

Hinweis:

VITAKO aktuell erscheint zusätzlich mit zwei Regionalausgaben: OWL-IT, Lecos. Der Vertrieb erfolgt durch das jeweilige VITAKO Mitglied.

ISSN 2194-1165

Wird innerhalb der Zeitschrift auf fremde Links oder externe Informationsangebote hingewiesen, so macht sich VITAKO diese Inhalte nicht zu eigen und kann für sie keine Haftung übernehmen.

**DIE NÄCHSTE „VITAKO AKTUELL“
ERSCHEINT IM JUNI 2026.**



**Für sichere, innovative
und bürgernahe Kommunen**

Wir gestalten die digitale Zukunft vor Ort.
www.dataport-kommunal.de